



EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES  
DEPARTEMENT

s.B.41.11.A.O.U'Ch. GB.

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen

ad I.R.:z/ba.

U.R.:CJ-9/ae.-24.51.Deutschland 40.

Arbeit		Wanderung	
27. DEZ. 1951			
1	2	3	4

Bern, den 20. Dezember 1951

An das Bundesamt  
für Industrie, Gewerbe & Arbeit,  
B e r n .

Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit	
+ 22 DEC 1951	
R. —	

Herr Direktor,

Wir beziehen uns auf Ihr an die Eidgenössische Fremdenpolizei zuhanden von Herrn Tzaut am 7. Dezember 1951 gerichtetes Schreiben betreffend den eventuellen Abschluss eines Stagiaires-Abkommens zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland. Sie fragen darin die Fremdenpolizei an, ob sie bereits in der Lage gewesen sei, das Schreiben unseres Departements vom 13. Juli bezüglich einer Uebergangsregelung des Stagiaires-Problems zu beantworten.

Wir beehren uns Ihnen mitzuteilen, dass wir diese Frage als erledigt betrachteten. In der Tat haben wir gegenüber Herrn Minister Huber - insbesondere gestützt auf Ihr Schreiben vom 31. Juli - am 16. August abschliessend zu allen von ihm im Zusammenhang mit dem Stagiaires-Austausch aufgeworfenen Fragen Stellung bezogen. Kopie dieses Schreibens ging sowohl an das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit als auch an die Polizeiabteilung. Die Schweizerische Gesandtschaft in Köln hat daraufhin sowohl dem Bundesarbeitsministerium als auch der Stelle für Wanderungsfragen in der Bundesrepublik Deutschland im Sinne unserer Weisungen die Auffassung der schweizerischen Behörden zur Kenntnis gebracht. Wir sind der Auffassung, dass die Stagiaires-Frage auf alle Fälle nicht vor Einrichtung der westdeutschen Gesandtschaft in Bern von uns wieder zur Diskussion gestellt werden sollte, und auch dann nur im grössern Zusammenhang der Entwicklung unserer fremdenpolizeilichen Beziehungen zu Westdeutschland.

Genehmigen Sie, Herr Direktor, die Versicherung unserer vorzüglichsten Hochachtung.

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT  
Politische Angelegenheiten

*[Handwritten signature]*

